

Pressemitteilung

22. Februar 2011

Tierfabriken-Stopp in den Niederlanden BUND begrüßt Entwicklung im Nachbarland

„Wir begrüßen die Forderung der zweiten niederländischen Parlamentskammer nach einem vorläufigen Bau-stopp für „Megaställe“. Wir sehen darin ein deutliches Signal, das hoffentlich nicht ohne Auswirkungen auf die derzeitige Diskussion um Agrarfabriken in Deutschland bleibt.“ So BUND-Vorsitzender Manfred Radtke.

In einer Entschliebung hatten die holländischen Abgeordneten in der letzten Woche die Regierung mehrheitlich aufgefordert, die Genehmigungen von Mega-Tieranlagen auszusetzen, solange die gesellschaftliche Debatte da-rum nicht abgeschlossen sei. Der Parlaments-Beschluss verweist dabei auf die starke Beunruhigung der Bevöl-kerung über die wachsende Zahl von Megaställen. Bei einer Umfrage hatte sich eine Mehrheit der Niederländer generell gegen Agrarfabriken ausgesprochen - aus Tierschutz-, Gesundheits- und Umweltgründen. Hundert hol-ländische Hochschullehrer hatten zuvor das Ende der agrarindustriellen Massentierhaltung gefordert. In Deutschland haben mittlerweile mehr als 500 Wissenschaftler und 25.000 weitere Unterzeichner einen ähnl-ichen Apell verfasst..

Radtke: „Es gibt eine breite gesellschaftliche Ablehnung der agrarindustriellen Mega-Tierfabriken. Wir erwarten, dass die Politik darauf reagiert. Der Widerstand in der Bevölkerung gegen diese angeblich moderne Landwirt-schaft wird immer größer. Das weitere Vordringen der Agrarfabriken muss gestoppt werden, damit bäuerlich strukturierten Betriebe eine Zukunft haben.“

Der BUND weist darauf hin, dass mittlerweile auch die Landkreise Emsland, Vechta und Oldenburg einen Geneh-migungsstopp verhängt haben, solange die Investoren keine Gutachten über die Verbreitung von Keimen und über die Rettung der Tiere im Brandfall vorlegen können. Die Wähler würden zudem genau beachten, wie ihre Bundestagsabgeordneten sich in dieser Woche bei der namentlichen Abstimmung über die Änderung des Bau-gesetzbuchs verhalten. Abgestimmt wird über einen Antrag der Grünen, dass die industrielle Massentierhaltung künftig nicht mehr zu den im Außenbereich privilegierten Vorhaben gehört. Namhafte Juristen und kommunale Spitzenverbände stehen hinter der Forderung, dass künftig nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit eigener Futtergrundlage im Außenbereich der Gemeinden bauen dürften.